



NEWSLETTER III / 2016

NORD|SÜD *news*



Foto: Benny Lin / flickr, CC BY-NC 2.0

Mehr als 4,5 Millionen ZiegelbrennerInnen in Pakistan arbeiten in der Schuldknechtschaft

UN-Nachhaltigkeitsziele: Decent Work

„Staatliche Macht nötig“

Bis 2030 soll Arbeit weltweit menschenwürdig sein. Das Ziel sei wichtig, auch wenn es nicht erreicht werden könne, sagt der Professor für Globalisierung und Politik an der Universität Kassel, Christoph Scherrer. Er ist Sprecher des International Center for Development and Decent Work.

Nord|Süd news: Ungeplante Überstunden, mieser Lohn, Stress mit dem Chef – das gilt hier als unwürdig. Was meinen die UN, wenn sie mit den Nachhaltigkeitszielen (SDGs) weltweit bis 2030 menschenwürdiges Arbeiten erreichen wollen?

Christoph Scherrer: Trotz Hartz IV haben wir hierzulande weitgehend akzeptable Arbeitsbedingungen, in vielen Regionen der Welt sind sie dagegen lebensunwürdig. In Pakistan stellen beispielsweise 4,5 Millionen Menschen

Backsteine in Schuldknechtschaft her. Das ist Saisonarbeit, den Rest des Jahres bekommen sie Geld vorgestreckt. Sie schrammen immer kurz am Hunger vorbei. Ein erheblicher Teil der Menschheit hat kein lebenssicherndes Einkommen, keine soziale Absicherung, es gibt keine Foren für ihre Anliegen: Diese ArbeiterInnen sind zu BefehlsempfängerInnen degradiert.

Das achte UN-Nachhaltigkeitsziel fordert neben menschenwürdiger Arbeit Wirtschaftswachstum. Zementiert das eine überkommene Ideologie?

Teilweise. Für den entwickelten Norden ist es sicher nicht nachhaltig, in allen Bereichen weiter zu wachsen. Aber in Indien oder Afrika wächst die Bevölkerung weiter. Da sie genug Nahrung aus eigener Produktion brauchen, ist dort auch ökonomisches Wachstum notwendig.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

UN-Nachhaltigkeitsziele: Decent Work

| „Staatliche Macht nötig“ S. 1f

Kommentar UN-Nachhaltigkeitsziele

| Jetzt geht es erst richtig los S. 2

Decent Work

| Deutsche Ziele: DGB kritisiert Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung S. 3

| Brasilien: Ein Rückschritt, der Konfrontation hervorruft S. 4

| Afrika: Qualifikation entscheidet S. 5

| Hoffnung Tourismus: Der Tourismus ist eine Schlüsselbranche S. 6

Sicherheitspolitik

| Rohstoffe im Visier S. 7

In Kürze

| Hoffnung für Brandopfer; Weltbank ohne ILO-Standards; Report: Geregelte Arbeit für alle; Vision Zero Fonds gestartet; Seminar IWF und Weltbank; Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1

Suggestiert Ziel 8 eine Harmonie von Nachhaltigkeit und Wachstum, die es gar nicht gibt?

Natürlich gibt es auch Grenzen bei den Ressourcen. Man muss sie oft nur besser nutzen. Dies wird aber häufig von mächtigen Akteuren behindert. In Indien bekommen Kohlekonzerne häufig Lizenzen, auch in Gebieten der dort lebenden Bevölkerung zu schürfen. Dabei werden produktives Land, die Umwelt und Grundwasser weit über das Abbaugelände hinaus zerstört. Die Behörden schreiten viel zu selten ein.

Für 14 Cent mehr pro Shirt im Endpreis kann man Näherinnen in Indien ein auskömmliches Einkommen ermöglichen. Ist das ein Modell?

Ja und nein. Man kann tatsächlich mit relativ wenig Geld die Lebensbedingungen vieler Menschen verbessern. Das Problem ist jedoch, dass nicht sichergestellt ist, dass ein höherer Verkaufspreis auch immer bei den Näherinnen ankommt. Die Macht vieler Akteure müsste eingegrenzt werden. Da reicht Konsumentenmacht nicht aus, es braucht staatliche Macht.

Wie sollte so ein Eingriff aussehen?

EinkäuferInnen und große Konzerne des Westens müssten verpflichtet werden, den ProduzentInnen einen menschenwürdigen Lohn zu zahlen. Und für 2 bis 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Herstellungsländer könnte man die ArbeiterInnen sozial absichern.

In 14 Jahren will die UNO Vollbeschäftigung auf dem Globus gleichen Lohn für gleiche, menschenwürdige Arbeit und produktive Beschäftigung. Ist das realistisch?

Kaum. Aber solche Ziele legitimieren das Handeln. Fataler ist doch, wenn eine UN-Organisation wie der IWF immer noch in Griechenland auf eine Deregulierung des Arbeitsmarkts setzt, also auf eine schlechtere Situation der Beschäftigten.

Wie sieht Ihre Prognose aus?

Vollbeschäftigung wird es wohl auch 2050 nicht geben. Es gibt ja auch noch die Robotisierung: Vor kurzem stand Adidas wegen schlechter Bezahlung und vielen Überstunden bei seinen Zulieferern am Pranger. Nun nähern Roboter die Adidas-Schuhe. Wachstum schafft also nicht automatisch mehr Arbeitsplätze. Die zentrale Herausforderung ist die Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen. Dafür bedarf es der kollektiven Aktion, also einer Stärkung der internationalen Gewerkschaften – und natürlich der Kräfte, die das auch wünschen.

Das Interview führte Kai Schöneberg.



Kommentar UN-Nachhaltigkeitsziele

Jetzt geht es erst richtig los

Dass die Vereinten Nationen in ihren Nachhaltigkeitszielen ArbeitnehmerInnenrechte fördern und Ungleichheit abbauen wollen, ist ein wichtiger Schritt. Ein Erfolg wird es erst mit dem politischen Willen zur Umsetzung – und da hapert es noch.

Die Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDGs) im September 2015 war aus Gewerkschaftssicht ein Erfolg. Insbesondere SDG 8 und 10, die Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit sowie die Verringerung von Ungleichheit als zentrales Ziel der Entwicklungsarbeit benennen, sind eine klare Verbesserung zum Vorgängermodell, den Millennium Development Goals.

Denn sie stellen wesentliche neoliberale Grundannahmen in Frage. Der Schutz von ArbeitnehmerInnenrechten etwa, der lange Zeit als Hindernis wirtschaftlicher Entwicklung galt, wird nun zu einer Grundvoraussetzung wirtschaftlichen Voranschreitens. Ungleichheit, die in Deutschland und anderen Industrieländern zuletzt deutlich zugenommen hat und deshalb in den Fokus gerückt ist, wird heute unter dem Licht nachhaltiger Entwicklung weitaus kritischer betrachtet. Implizit tragen beide Ziele der Erkenntnis Rechnung, dass der Trickle-Down-Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit gescheitert ist. Für die Vereinten Nationen ist diese Anerkennung ein nicht unbeachtlicher Schritt.

Inwieweit sich dieser Fortschritt in der tatsächlichen Entwicklungsarbeit niederschlägt, hängt jedoch letztlich von der weiteren Umsetzung und dem politischen Willen ab. Die Diskussion über die spezifischen Indikatoren, mit denen die Zielerreichung gemessen werden soll, ist noch im Gange. Ein Indikator, der den Schutz von ArbeitnehmerInnenrechten und die Sicherheit am Arbeitsplatz misst, fehlt bislang. Daten zum Einkommensanteil der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung werden in vielen der Niedriglohnländer kaum vorhanden sein.

Ebenso problematisch wie die Methodik ist auch die Frage, wer für die Fortführung des Prozesses verantwortlich ist. So stehen bislang insbesondere die nationalen Regierungen der Entwicklungsländer in der Pflicht, die Ziele umzusetzen. Dabei sollte nicht erst seit der Finanzkrise klar sein, dass es für viele Probleme der Entwicklungszusammenarbeit internationaler Lösungsansätze bedarf. Das gilt für den globalen Handel

und Handelsabkommen, für Klimaziele und eine stärkere Übernahme von Verantwortung der Industrieländer, für Finanzmarktregulierungen und auch für Sorgfaltspflichten multinationaler Unternehmen, deren Verhalten im nationalen Kontext von Schwellenländern häufig nicht nur für die eigenen Beschäftigten relevant ist.

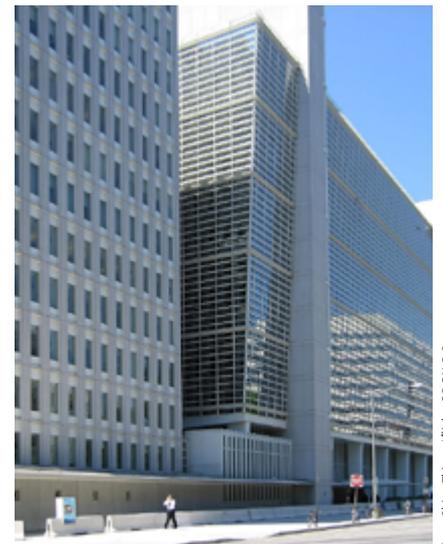


Foto: Shiny Things/flickr, CC BY 2.0

Sie bleibt in ihren Richtlinien für die Kreditvergabe hinter anerkannten ILO-Standards zurück: die Weltbank in Washington

Die Haltung internationaler Organisationen und institutionelle Rahmenbedingungen in Industrieländern wie Deutschland haben erheblichen Einfluss auf globale Verflechtungen. Der politische Wille endet jedoch häufig, wenn es darum geht, die losen Vorhaben der SDGs in verbindliches Recht zu übertragen. So hat es beispielsweise die Weltbank nicht geschafft, die von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO definierten Kernarbeitsnormen in den von ihr finanzierten Projekten zu garantieren. Auch auf deutscher Ebene ist der derzeit diskutierte Nationale Aktionsplan zur Durchsetzung von Menschenrechten innerhalb der globalen Aktivitäten deutscher Unternehmen wenig ambitioniert.

Es bleibt abzuwarten, was sich von den Erkenntnissen und den SDGs zukünftig in einer nachhaltigen Entwicklungsarbeit und rechtsverbindlichen Rahmenbedingungen wiederfindet.

Carolin Vollmann



ist Referatsleiterin in der Abteilung Internationale und Europäische Gewerkschaftspolitik des DGB.



Foto: © privat



DGB kritisiert Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung

Die Bundesregierung legt die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie neu auf und erarbeitet dafür neue Indikatoren für Wirtschaftswachstum und Arbeit. GewerkschafterInnen schlagen weitere Maßstäbe vor: etwa einen zur Minderung der Leiharbeit.

Im aktuellen Human Development Index belegt Deutschland unter 188 Staaten und Territorien den sechsten Platz. Sein Entwicklungsstand ist also relativ hoch. Aber es gibt Defizite. Das hat zum Beispiel der jüngste Bericht des Statistischen Bundesamtes zur bisherigen deutschen Nachhaltigkeitsstrategie gezeigt, in dem die Maßnahmen zu Ressourcenschonung, Artenvielfalt, Schuldenstand und Landwirtschaft moniert wurden. Nach Ansicht der Gewerkschaften sind aber auch die Konzepte, wie man etwa misst, wie nachhaltig sich die Wirtschaft entwickelt, nicht besonders innovativ. Im Gegenteil hält der DGB die Indikatoren für längst nicht ausreichend. Was lässt sich ändern?

berücksichtigt werden müssten. Er rät, einen zusätzlichen Indikator aufzunehmen, der sich am DGB-Index „Gute Arbeit“ orientiert.

Dabei geht es vor allem darum, wie Ziel 8 der insgesamt 17 globalen Nachhaltigkeitsziele in Deutschland umgesetzt wird. Es lautet: „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle“. Die Bundesregierung schlägt sieben Indikatoren vor, die Auskunft darüber geben, ob Deutschland in diesem Sinne auf dem richtigen Kurs ist. Das Bruttoinlandsprodukt, bisher die entscheidende Messgröße, soll dabei auch nach dem Willen der Regierung durch andere Maßstäbe ergänzt werden.

Dazu soll zum Beispiel die „Gesamtrohstoffproduktivität“ gehören. Diese soll, wie schon in den vergangenen Jahrzehnten, weiter steigen. Die Rohstoffproduktivität setzt die Menge der verbrauchten Ressourcen ins Verhältnis zu den in

steigen, das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner wachsen und die Quote der Erwerbstätigen zunehmen. Zudem soll der Anteil der Mitglieder des Textilbündnisses am Branchenumsatz ein Maßstab werden. Die Bundesregierung nimmt sich vor, dass dieser Anteil auf 75 Prozent der Textilbranche in Deutschland steigen soll. In dem Bündnis haben sich unter anderem Unternehmen zusammengeschlossen, die die sozialen und ökologischen Verhältnisse in ihren weltweiten Wertschöpfungsketten wesentlich verbessern wollen. Dem DGB reicht dieses Indikatoren-Set nicht. In seiner Stellungnahme heißt es: „Eine weitere Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen haben die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag vereinbart. Diese muss nun entschieden angegangen werden. Zur Regulierung der geringfügigen Beschäftigung konnte man sich noch nicht durchringen.“ Dabei bestehe ebenfalls „noch Handlungsbedarf“.

Außerdem kritisiert der Gewerkschaftsbund den „übertriebenen Kurs der Haushaltskonsolidierung“, den die Bundesregierung vorantreibt. Die Politik der „schwarzen Null“, die unter anderem CDU-Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble praktiziert, führe schließlich nicht zu besserer, sondern zu „schlechterer Lebensqualität“ für die Bürger Deutschlands. Der DGB sieht hier auch einen Zielkonflikt zur Absicht, die Zukunftsinvestitionen anzuheben. Die gewerkschaftliche Empfehlung lautet, deutlich mehr Geld beispielsweise in Bildung und Infrastruktur zu investieren, um Deutschland für die Zukunft zu stärken. Dabei seien auch gewisse Defizite und Schuldenstände in den öffentlichen Haushalten gerechtfertigt.

Schließlich plädiert der DGB dafür, den Ansatz des Textilbündnisses auf weitere Branchen auszudehnen. Die Kampagne für Saubere Kleidung und der Bundesverband der Verbraucherzentralen gehen in ihrer Kritik an diesem Punkt weiter. Der Indikator zum Textilbündnis sei „zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht anwendbar“. Begründung: Die Anforderungen an Mitgliedsfirmen zur Umsetzung sozialer und ökologischer Fortschritte seien bisher nicht beschlossen. Insgesamt haben bislang rund 130 Personen, Institutionen und Verbände den Entwurf öffentlich kommentiert, die Regierung verspricht, die Empfehlungen zu berücksichtigen.

Hannes Koch

 Der Autor lebt als Journalist in Berlin.

 Entwurf und Stellungnahmen zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie 2016 der Bundesregierung: www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/_node.html



Die Bildung kommt zu kurz, warnt der DGB

Derzeit arbeitet die Bundesregierung an der Neuauflage der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie will damit die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung der Welt umsetzen, die die Vereinten Nationen im September 2015 beschlossen haben. Bis zum Jahr 2030 sollen diese Sustainable Development Goals, kurz SDGs, erreicht sein. Deutschland will seine Strategie bis zum Winter beschließen. Der Entwurf liegt bereits vor. In einer Stellungnahme dazu schreibt der DGB nun, dass „Aspekte wie Tarifbindung, betriebliche Mitbestimmung, Weiterbildung und Gleichstellung“

Deutschland produzierten und verwendeten Waren und Dienstleistungen. Je weniger Rohstoffe eingesetzt werden, desto umweltfreundlicher ist die Wirtschaftsweise.

Als eine weitere Messgröße für wirtschaftliches Wohlergehen nennt die Bundesregierung das Staatsdefizit. Die öffentlichen Haushalte in Deutschland sollen möglichst ohne Minus auskommen. Der öffentliche Schuldenstand soll sinken, die Investitionsquote, also das Verhältnis der Zukunftsausgaben zur Wirtschaftsleistung,



Ein Rückschritt, der Konfrontation hervorruft

Brasilens Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik erschwert die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen. Das Regionalbüro Lateinamerika des DGB Bildungswerks BUND setzt sich für Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit ein.

Aufgrund einer politischen Kehrtwende steht Brasiliens guter Ruf in Sachen Nachhaltigkeit auf dem Spiel. In der Hauptstadt Rio de Janeiro fand 1992 der erste Erdgipfel statt, 2012 beschlossen die UN dort die Rio+20 Nachhaltigkeitsziele, die der Agenda 2030 und damit der Vision der Zukunft zugrunde liegen. Das Schwellenland kümmerte sich besonders darum, Armut zu bekämpfen und das Gesundheitswesen zu verbessern. Doch nach 13 Jahren Mitte-Links-Regierung der Arbeiterpartei PT weht nun plötzlich ein anderer Wind.

Santana vom Gewerkschaftsverband CTM ruft zur Einheit gegen die „Rückschrittsagenda“ auf: „Wir müssen uns gegen die geplante Rentenreform, die Einschränkung von Arbeitsrechten und das unkontrollierte Outsourcing stellen.“

Sérgio Nobre, Generalsekretär des größten Gewerkschaftsverbands CUT, sieht eine Offensive „derjenigen, die die Amtsenthebung von Rousseff finanziert haben“. Die Forderung von ArbeitgeberInnen aus der Nationalen Industriekonföderation CNI nach einer Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit bezeichnet Nobre als Versuch, „den Profit in Zeiten der Krise durch Verletzung der Rechte der ArbeitnehmerInnenrechte zu erhöhen“. Ende Juli trafen sich erstmals alle Verbände, um ihre Strategie gegen das Rollback zu koordinieren.

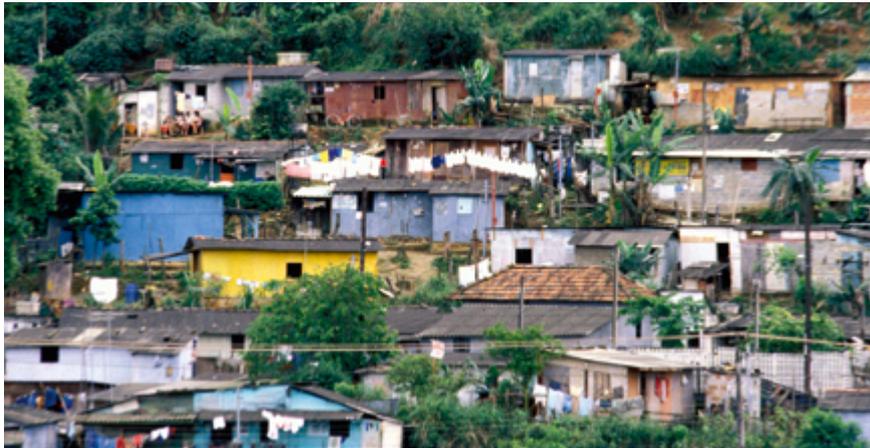


Foto: © ILO

„Wo starke Gewerkschaften aktiv sind, ist Ungleichheit geringer“ – brasilianische Favelas

Präsidentin Dilma Rousseff wurde im Mai wegen angeblicher Verletzung der Haushaltsregeln suspendiert, sie sollte Ende August durch den Senat abgesetzt werden. Dem bisherigen Vize- und jetzigen Interimspräsidenten Michel Temer wirft sie Verrat und einen Staatsstreich vor. Temer berief ein liberal-konservatives Kabinett, das nur aus weißen Männern besteht. Sofort begann der rechte Umbau, insbesondere in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Statt Nachfrageorientierung und Sozialprogrammen stehen jetzt Sparpolitik und Unternehmensförderung im Vordergrund.

Obwohl auch der PT viele Versäumnisse in der Entwicklungsagenda vorgeworfen wurden, befürchten GewerkschafterInnen und soziale Bewegungen, dass der Begriff Nachhaltigkeit unter Temer zu einer Worthülse verkommt. Nivaldo

In Bezug auf das achte UN-Nachhaltigkeitsziel zur Arbeitswelt ist zu befürchten, dass die Temer-Regierung nur das darin angestrebte „dauerhafte Wirtschaftswachstum“ in ihre Agenda übernehmen wird. Die dazugehörigen Adjektive „inklusiv und nachhaltig“ dürften ebenso unter den Tisch fallen wie die Teilziele „Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit“.

Für Niklaas Hofmann, Leiter des Regionalbüros des DGB Bildungswerks BUND in der brasilianischen Industriemetropole São Paulo, birgt dies die Gefahr, dass „Wachstum und soziale Gerechtigkeit gegeneinander ausgespielt“ werden. Eine Konfrontation ist programmiert: „Die Gewerkschaften in Brasilien pochen darauf, dass ein Wirtschaftswachstum ohne die Beteiligung aller am Reichtum letztlich nichts wert ist.“



Foto: © ILO

Brasilien hat den Kampf gegen Armut schon mal ernstgenommen: Obdachlose Kinder in Rio de Janeiro

Hofmann geht davon aus, dass die neuen UN-Nachhaltigkeitsziele unabhängig von der politischen Ausrichtung der Regierung auf lange Sicht ihre Wirkung entfalten werden. Zum einen, weil nicht nur die Länder des Südens, sondern auch die Industriestaaten verpflichtet sind, konkrete Entwicklungspläne zu erarbeiten. „Die Forderung nach Vollbeschäftigung, und die Kombination von Menschenwürde im Arbeitsprozess mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit (SDG 10) ist insbesondere für Lateinamerika ein vielversprechendes Signal“, erklärt Hofmann.

Das Regionalbüro Lateinamerika des DGB Bildungswerks BUND hat die Kriterien seiner Arbeit bereits an die Nachhaltigkeitsziele 8 und 10 angepasst. Gewerkschaften sollen gestärkt werden, insbesondere ihr Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen. Denn: „Die Erfahrung zeigt, dass dort, wo starke Gewerkschaften aktiv sind, die Ungleichheit geringer ist“, erklärt Hofmann. Zudem ermögliche die Orientierung an nachhaltigem Wirtschaftswachstum, dass breite gesellschaftliche Themen berücksichtigt werden.

Die Ausrichtung an den SDGs wirkt sich vor allem in der Projektarbeit aus, also bei der Auswahl der Partner und den Schwerpunkten der gemeinsamen Initiativen. Dazu gehören das Outsourcing in der Textil- und Baubranche oder die Aufdeckung sklavenähnlicher Arbeitsverhältnisse. „Solche Missstände sind typisch für Großbaustellen wie bei der Infrastruktur der Olympischen Spiele oder der Fußball-WM 2014 in Rio“, sagt Hofmann. Wenn Fertigstellungstermine nicht eingehalten werden, komme es oft zu Arbeitsunfällen und laxem Umgang mit Arbeits- und Sozialstandards. Allerdings ist die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele derzeit keine Priorität der Gewerkschaften in Brasilien. Die CUT beispielsweise, die die Übergangsregierung nicht einmal anerkennt, ist Teil der Bewegung „Temer raus“. Solange es noch eine Chance gibt, geht es darum, das Ruder im politischen Machtkampf noch einmal herumzureißen.

Andreas Behn

Der Autor ist Journalist und Soziologe in Rio de Janeiro.



Qualifikation entscheidet

Nicht einmal ein Drittel aller AfrikanerInnen im arbeitsfähigen Alter hat eine bezahlte reguläre Arbeit. Wollen Gewerkschaften Einfluss bekommen, müssen sie die Anliegen der gesamten Bevölkerung vertreten.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) war begeistert, als er in diesem Jahr am 11. August in Ruandas Hauptstadt Kigali die technische Hochschule im Stadtteil Kicukiro besuchte. Deutsch ausgebildete ruandische LehrerInnen instruierten ruandische StudentInnen an deutschen Maschinen – Teil eines integrierten technischen Berufsausbildungssystems, das Ruanda mittlerweile an fünf Hochschulen landesweit mit deutscher Unterstützung aufgebaut hat. Es sieht zum Beispiel auch Dreimonatsaufenthalte von RuanderInnen in Deutschland vor, damit diese wiederum in der Heimat als AusbilderInnen arbeiten können. Von den 84 Millionen Euro neuer deutscher Entwicklungshilfe, die Müller jetzt Ruanda zusagte, fließt der Großteil in das berufliche Aus- und Weiterbildungsprogramm TVET (Technical and Vocational Education and Training), mit dem das kleine Land eine Spitzenposition für ganz Ostafrika einzunehmen hofft.

Afrika braucht viele qualifizierte Arbeitsplätze, um die Armut zu besiegen. Derzeit haben weniger als ein Drittel aller AfrikanerInnen im arbeitsfähigen Alter eine bezahlte reguläre Arbeit. Nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds IWF drängen aber zwischen 2010 und 2035 insgesamt 450 Millionen junge AfrikanerInnen

neu auf die Arbeitsmärkte ihrer Länder – über 20 Millionen pro Jahr, mehr als im Rest der Welt zusammen. Wenn sie kein gerechtes Auskommen findet, ist diese junge afrikanische Generation eine tickende Zeitbombe.

Unter den Nachhaltigkeitszielen (SDGs) der Vereinten Nationen, die 2015 die Millennium-Entwicklungsziele zur Halbierung der weltweiten Armut ablösen, steht als SDG 8 „Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“. Die Zielmarken, die denen der Langzeitentwicklungsziele der Afrikanischen Union entsprechen, sind ambitioniert: Wirtschaftswachstum von mindestens sieben Prozent jährlich in den ärmsten Ländern; Förderung arbeitsintensiver und wertschöpfender Wirtschaftssektoren sowie kleiner und mittlerer Unternehmen und auch Vollbeschäftigung für alle Frauen und Männer, ohne Diskriminierung, ohne Kinderarbeit und mit Schutz von ArbeitnehmerInnenrechten, Umweltschutz und Rechten von MigrantInnen.

Da die 7-Prozent-Wachstumsmarke der einzige bezifferte Indikator ist, steht zu erwarten, dass er der einzige ist, um den sich afrikanische Regierungen jetzt wirklich kümmern. Wachstum um jeden Preis – das sehen viele politische Führer in Afrika, gerade die mit einem Weitblick in die Zukunft, als einziger Garant der langfristigen Stabilität ihrer Länder. Autoritär regierte Länder wie Ruanda oder Äthiopien fahren da meist besser als die ungeübten und langsameren De-

mokratien wie Nigeria und Südafrika. Gewerkschaften nehmen dabei eine ambivalente Rolle ein. Wo organisierte formale Arbeitsverhältnisse ein Privileg einer Minderheit darstellen, geraten Gewerkschaften leicht zu Verteidigern von Privilegien gegenüber der Masse der Bevölkerung, die überhaupt kein geregeltes Auskommen hat. Streiks von BeamtInnen im Kongo oder ÖlarbeiterInnen in Nigeria für bessere Löhne sind zwar aus Sicht der Streikenden nachvollziehbar, haben aber wenig mit der Lage der darbenenden Gesamtbevölkerung zu tun. In Südafrika und anderen Ländern, deren Regierungen sich als Nachfolger linker Befreiungsbewegungen sehen, sind die offiziellen Gewerkschaften zunächst Verbündete der Regierungspartei und legen sich selten mit ihnen an.

Meist bilden sich dann konkurrierende Basisgewerkschaften, die ArbeitnehmerInnenrechte außerhalb der offiziellen Kanäle vertreten. Manchmal gelingt es ihnen, die offiziellen Gewerkschaftsapparate zu übernehmen, manchmal bleiben sie linke Oppositionskraft. In Sambia, Simbabwe und mittlerweile auch in Südafrika hat sich der Widerstand gegen die inzwischen ewig regierenden Exbefreiungsbewegungen, die längst eigenen Agenden folgen, am stärksten in den Gewerkschaften formiert. Die werden dann zu Vertretern des breiteren Unmuts der jüngeren Generation, die sich von den Alten an der Staatsspitze ignoriert fühlt.

Nur wenn die afrikanischen Gewerkschaften es schaffen, sich für die Belange der Gesamtbevölkerung einzusetzen und nicht nur der organisierten ArbeitnehmerInnen, können sie hoffen, relevanten Einfluss auf die Ausgestaltung der staatlichen Politik zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 8 zu erringen.

In Ruanda übrigens spielen Gewerkschaften so gut wie keine Rolle. Nur rund 100.000 Menschen sind gewerkschaftlich organisiert – zwei Prozent der gesamten Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Wie überall in Afrika streben die jungen Menschen in Ruanda vor allem danach, ihr eigenes Business zu gründen. Dafür brauchen sie Qualifikationen: Berufsausbildung, Computerfähigkeiten und Fremdsprachen. Es ist die Qualität dieser Qualifikationen, die entscheidend dafür sein wird, ob ein Land das SDG 8 erreicht.

Dominic Johnson



Der Autor lebt als Journalist in Berlin und bereist regelmäßig Afrika.



Afrika braucht viele qualifizierte Arbeitsplätze, um die Armut zu besiegen



Der Tourismus ist eine Schlüsselbranche

Dass die Reisewirtschaft viel zur Entwicklung beitragen kann, darin sind sich die Beteiligten einig. Aber was tun die Vereinten Nationen tatsächlich dafür?

Unter den Nachhaltigkeitszielen (SDG), die die Vereinten Nationen im Herbst 2015 in ihrer Agenda 2030 beschlossen haben, gibt es einige, die auf den ersten Blick nicht unbedingt vereinbar zu sein scheinen: So verlangt Ziel 8 neben menschenwürdiger Arbeit vor allem Wirtschaftswachstum, Ziel 12 aber eine nachhaltige Produktion sowie nachhaltigen Konsum und Ziel 14 eine ebenfalls nachhaltige Nutzung der Meere und ihrer Ressourcen. Geht das zusammen? Klar, meint man bei der Welttourismusorganisation UNWTO in Madrid und propagiert die touristische Entwicklung als Schlüsselfaktor.

Das hört sich so an: „Die UNWTO setzt ihre Bemühungen in die Umsetzung dieser globalen Ziele (...) Sie setzt besonders auf die Ziele 8, 12 und 14, die den Tourismus betreffen.“ Klingt nicht schlecht, aber BranchenkennerInnen weisen darauf hin, dass interessant ist, was die UNWTO nicht nennt. Christine Plüss vom Schweizer Arbeitskreis für Tourismus und Entwicklung etwa vermisst Ziel 10, das den Abbau von Ungleichheit fordert. Sie habe den Eindruck, dass die UNWTO die Agenda 2030 nur zum Anlass nehme, den Tourismus als Zweig zu empfehlen, der massiv gefördert werden müsse.

Antje Monshausen, die bei Brot für die Welt für das Thema Tourismus zuständig ist, sieht noch mehr Lücken: „Die Stellen, an denen der Tourismus in der Agenda 2030 explizit genannt wird, suggerieren, dass mehr vom selben allein schon genügen würde, um einen richtigen Weg einzuschlagen.“ Auch sie vermisst die Nennung von Ziel 10.

Statt sich „zu den Zusammenhängen von Tourismus und Ungleichheit zu äußern“, suggeriere die UNWTO, dass die Ungleichheiten dieser Welt „mit ein bisschen community based tourism“ angegangen werden könnten.

Ebenso fatal sei, dass Ziel 13 zum Klimawandel nicht vorkomme: Der Tourismus ist nach konser-

vativen Schätzungen für fünf Prozent des menschengemachten Klimawandels verantwortlich.

Statistiken des Bundesverbands der deutschen Tourismuswirtschaft zeigen, dass der internationale Tourismus mittelfristig die Einkommensungleichheit sogar vergrößert, was wiederum soziale Spannungen verursacht. Neue touristische Destinationen besonders in aufstrebenden Ökonomien entstehen oft in Sonderwirtschaftszonen, die den Investoren Steuererleichterungen versprechen. Weil die Steuereinnahmen in den Zielländern so kaum steigen, ist es auch nicht möglich, die wirtschaftlichen Impulse in breitere Bevölkerungsschichten zu verteilen.



Was für die einen Urlaub ist, ist für andere harte Arbeit: Hotelfachausbildung für nepalesische Frauen

„Der Trickle-down-Effekt im Tourismus wird also vollkommen überschätzt. Deswegen sind auch die Annahmen aus Ziel 8, dass mehr wirtschaftliches Wachstum auch mehr (menschenwürdige!) Arbeitsverhältnisse schafft, überzogen“, sagt Monshausen.

In den letzten Jahrzehnten sei der Tourismus so stark gewachsen, dass es schon längst zumindest einen Teil der positiven Entwicklungen geben müsste, die er immer wieder erreichen zu können vorgibt. „Real aber sind die Arbeitsverhältnisse im Tourismus gerade in der Breite prekär und es wächst sogar der Anteil der ausgelagerten Arbeitsplätze mit geringerer sozialer Sicherheit und geringer gewerkschaftlicher Organisation“, so Monshausen. Die globale Suche nach den günstigsten Arbeitskräften

führe zu ausbeuterischen Recruitment-Praktiken in der Hotellerie weltweit und in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen. „Zu alledem schweigt die Welttourismusorganisation.“

Massimo Frattini von der IUL, der Internationalen der Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften in Genf, bestätigt das: „Wir arbeiten nicht mit der UNWTO zusammen, weil unsere Erfahrung ist, dass sie die Anliegen der ArbeiterInnen nicht pushen.“ Deshalb verhandle der Gewerkschaftsverband direkt mit den Unternehmen. In vielen Ländern würden nicht einmal die ILO-Standards eingehalten. Wenn man den Tourismus tatsächlich dazu nutzen wolle, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und weniger Ungleichheit durchzusetzen, müssten die Unternehmen bei den Arbeitsbedingungen der Menschen vor Ort ansetzen. „Aber in der Regel geht es bei der Nachhaltigkeit von Firmen immer um Umwelt, vielleicht auch um den Schutz der

Tiere, aber nicht um die Interessen, der dort arbeitenden Menschen.“

Monshausens Fazit: „So wie der Tourismus heute gestaltet ist, verhindert er die Erreichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung eher, als dass er ihre Erreichung ermöglicht. Eine Wende ist nötig. Denn die Bedeutung des Tourismus ist global so enorm, dass die „Transformation unserer Welt“ – dies ist der Titel der Agenda 2030 – ohne die Transformation des Tourismus nicht gelingen kann.“

Edith Kresta

 Die Autorin ist Reisedirektorin und beschäftigt sich seit vielen Jahren auch mit den sozialen, politischen und ökologischen Implikationen des Tourismus.



Rohstoffe im Visier

Im neuen Weißbuch Sicherheitspolitik formuliert die Bundesregierung erstmals, dass die Bundeswehr zu „freien und sicheren Welthandels- und Versorgungswegen beizutragen“ habe. Beim Import von Rohstoffen dürften keine Menschenrechte verletzt werden, mahnen GewerkschafterInnen.

Die Bundesregierung hat ihr neues Weißbuch zur Sicherheitspolitik nicht alleine geschrieben, das ist der Verteidigungsministerin wichtig. „Wir haben mit Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland ausführlich über die Zukunft unserer Sicherheitspolitik und der Bundeswehr gesprochen und eine Vielzahl von Anregungen aufgenommen“, schreibt Ursula von der Leyen (CDU) im Vorwort des Dokuments.

Doch soll vor allem der Trend der vergangenen beiden Jahrzehnte fortgesetzt werden: mehr deutsche Verantwortung, mehr Flexibilität bei Auslandseinsätzen und mehr militärische Mittel zum Schutz von Wirtschaftsinteressen. Der Wohlstand der Deutschen hänge „wesentlich von der ungehinderten Nutzung globaler (...) Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie von einer gesicherten Rohstoff- und Energiezufuhr ab“, schreibt die Regierung. Um in diesen Bereichen „Störungen zu beseitigen“, müsse Deutschland „flexibel Elemente seines außen- und sicherheitspolitischen Instrumentariums einsetzen“.

Bereits im vorigen Weißbuch aus dem Jahr 2006 betonte die damalige große Koalition, dass Deutschlands Wohlstand von einer „gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen“ abhängt.

Neu ist eins: Wirtschaftliche Interessen definiert die Regierung nicht mehr nur abstrakt als Gegenstand der deutschen Sicherheitspolitik. Sie nennt erstmals den konkreten Auftrag an die Bundeswehr, zu „freien und sicheren Welthandels- und Versorgungswegen beizutragen“.

Prägnantes Beispiel ist die EU-Operation Atalanta vor der Küste Somalias, an der die Bun-



Foto: Rock Cohen/flickr, CC BY-SA 2.0

Eine deutsche Fregatte während der Operation Atalanta

deswehr seit 2008 teilnimmt. Das Militär hat dazu beigetragen, dass Handelsschiffe das Horn von Afrika wieder passieren können, ohne von Piraten überfallen zu werden. Während die europäische Wirtschaft davon profitiert, sieht die Bilanz für die somalische Bevölkerung ambivalent aus: Auf der einen Seite schützt die EU-Operation auch Schiffe, die Hilfsgüter an die Küste liefern. Auf der anderen Seite sorgte die Beute der Piraten laut einer Studie des britischen Think Tanks Chatham House vor Ort für Wachstum, welches der Militäreinsatz unterminiere. Nun liegt in der Piraterie zwar keine langfristige Entwicklungsperspektive. Das Beispiel zeigt aber: Die Interessen der Entwicklungsländer haben bei der militärischen Sicherung von Handelswegen nicht erste Priorität.

Und was ist mit den Herkunftsländern der Rohstoffe? Der Zugang zu Ressourcen hängt von ihnen ab – obgleich die Regierung das weder im Weißbuch noch in bisherigen Bundeswehrmandaten explizit erwähnt. Ein Beispiel ist der Einsatz der Bundeswehr in Mali im Rahmen von EU- und UN-Missionen. Offiziell bestreitet die Bundesregierung, dass der Einsatz mit Rohstoffvorkommen zu tun hat. Das Auswärtige Amt attestiert aber zumindest, Rohstoffe im Norden Malis könnten wegen der Sicherheitslage „erst mittelfristig“ abgebaut werden. Hat die Stabilisierungsmision Erfolg, wird der Zugang zu Ressourcen erleichtert.

Für einen Zugang, der für Bundeswehreinätze eine noch zentralere Rolle spielen könnte – setzt die Regierung ihre sicherheitspolitischen Instrumente künftig „flexibler“ ein. In der Opposition stößt dieser Ansatz auf Kritik. „Die deutsche Rohstoffpolitik zielt darauf ab, der Wirtschaft uneingeschränkten Zugriff auf in anderen Län-

dern lagernde Rohstoffe zu ermöglichen“, sagt der Bundestagsabgeordnete Niema Movassat (Linkspartei). Die Regierung setze dafür auf verschiedene Instrumente wie etwa die Rohstoffpartnerschaften, in deren Rahmen Exportzölle abgeschafft würden. Der Einsatz militärischer Mittel sei „nur der nächste Schritt“. Movassat befürchtet: „Die katastrophalen Folgen dieser neokolonialen Wirtschaftsordnung heißen Armut, Konflikte und Flucht.“

Und nicht nur in der Opposition verursacht das neue Weißbuch Skepsis. „Das Einsetzen sogenannter flexibler Elemente zum Schutz von Rohstoffzufuhr und Transportlinien sehe ich als sehr kritisch an“, sagt der SPD-Abgeordnete und Entwicklungspolitiker Stefan Rebmann. Es müsse geklärt werden, was darunter zu verstehen sei. Die Maßnahmen müssten im Einklang mit dem anerkannten Völkerrecht stehen – und Gewalt dürfe die Bundesrepublik „nur unter dem Mandat der UNO zur Sicherung der Friedensordnung und der freien Seewege“ anwenden.

Für manche Gewerkschaften ist die Rohstoffsicherung ein heikles Thema. Die Branchen, in denen die IG Metall aktiv ist, sind teils auf seltene Rohstoffe angewiesen. Dennoch mahnte die Gewerkschaft, dass die Unternehmen ihrer Verantwortung in den Abbauländern gerecht werden



Foto: © Bundeswehr

Deutschland muss „flexibel Elemente seines außen- und sicherheitspolitischen Instrumentariums einsetzen“ – Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen

müssten. In Bezug auf das Bundeswehr-Weißbuch bekräftigte eine Sprecherin der IG Metall jetzt diese Position: Beim Import von Rohstoffen dürften keine Menschenrechte verletzt werden.

Tobias Schulze

Der Autor lebt als Journalist in Berlin und beschäftigt sich unter anderem mit Verteidigungspolitik.



Hoffnung für Brandopfer

2012 brannte im pakistanischen Karachi ein Gebäude der Firma Ali Enterprises ab, 259 Menschen starben, etliche mehr trugen bleibende Schäden davon. Ali Enterprises hatte unter anderem für den Textilkonzern Kik produziert. Nun wird darüber vor einem deutschen Gericht verhandelt werden. Das Landgericht Dortmund hat eine Klage von vier Geschädigten angenommen und bestätigt, dass es die Kläger anhören will. Sie fordern Schadenersatz und Schmerzensgeld in Höhe von jeweils 30.000 Euro. Wann die Verhandlung stattfindet, ist noch offen, es wäre aber das erste Mal, dass deutsche Rechtsprechung zum Tragen kommt.

Weltbank ohne ILO-Standards

Die Idee war gut. Neue Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank sollten negative Auswirkungen der von ihr finanzierten Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern verhindern. Immerhin werfen Kritiker der global einflussreichsten Entwicklungsbank vor, auch die Verletzung und Vertreibung von Menschen in Kauf zu nehmen. Die sogenannten Safeguards, die der Verwaltungsrat nun verabschiedet hat, werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Zwar behandeln sie die Themen ArbeitnehmerInnenrechte und Bürgerbeteiligung auch in eigenen Kapiteln. Aber dabei fällt die Weltbank hinter längst bestehende Vereinbarungen der UN zurück. So verweist sie nicht auf die im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO vereinbarten Kernarbeitsnormen und verfährt mit einzelnen Standards unterschiedlich. Während etwa das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit vorbehaltlos gilt, stellt sie die Vereinigungsfreiheit unter den Vorbehalt der nationalen Gesetzgebung. IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow hatte die

Weltbank mehrfach aufgefordert, nicht hinter andere Entwicklungsbanken zurückzufallen, die ausdrücklich auf die Kernarbeitsnormen hinweisen. Sie warnt nun vor einem „beunruhigenden Doppelstandard“, wenn „nicht alle von der ILO als grundlegend definierten Kernarbeitsnormen gleichermaßen“ berücksichtigt werden müssen. Beim Deutschen Institut für Menschenrechte bemängelt man zudem, dass „die Weltbank bisher verbindliche Standards durch Absichtserklärungen“ ersetze.



Das Regelwerk: www.worldbank.org; > Projects > Policies > Safeguard Policies > Environmental Assessment

Report: Geregelt Arbeit für alle

Gut ein Jahr nachdem die ILO die Empfehlung 204 zur Beendigung informeller Arbeit weltweit verabschiedet hat, hat das Gewerkschaftsportal equaltimes einen Spezialreport zum Thema informelle Arbeit herausgegeben. Darin analysieren die AutorInnen die unterschiedlichen Kontexte von informeller Arbeit auf den Kontinenten und in verschiedenen Ländern und entwickeln Handlungsansätze, die zu „decent work für alle“ führen sollen.



Der Report: www.equaltimes.org/recommendation-204-ending#.V6s2yrMU9Ic

Vision Zero Fonds gestartet

Das neue Bangladesch heißt Myanmar. Kaum ist das südostasiatische Land nach Jahrzehnten der Isolation dabei, sich zu öffnen, boomen ausländische Investitionen vor allem in Fabriken, in denen Stoffe und Kleider hergestellt werden. Die ArbeitnehmerInnen haben bislang wenig davon. Oxfam spricht in einem Bericht von Ende 2015 von „unzumutbaren und potenziell lebensbedrohlichen Arbeitsbedingungen“. Das soll sich ändern. Myanmar ist das Pilotland des globalen Präventionsfonds „Vision Zero Fonds“, der in ausländischen Produktionsstätten gezielt Projekte zum Aufbau von Arbeitsinspektionen, öffentlichen Strukturen für den Arbeitsschutz, Unfallversicherungen sowie nachhaltige Initiativen auf betrieblicher Ebene fördern soll. Der Fonds war auf dem G7-Gipfel 2015 in Elmau beschlossen worden. Die Initiative war vom Bundesarbeitsministerium ausgegangen. Die Startphase wird von der Bundesregierung und

der EU mit acht Millionen US-Dollar finanziert. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO und Gewerkschaftsverbände unterstützen die Umsetzung. Für den DGB ist Frank Zach, Referatsleiter „Internationale Kooperationen“, beteiligt.



Studie: www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2015-12-17-textilindustrie-myanmar-hungerloehne-kleidung
Der Fonds: www.ilo.org/safework/whatsnew/WCMS_423672/lang--en/index.htm

Seminar IWF und Weltbank

Dass der Internationale Währungsfonds kein Garant für nachhaltige Entwicklung ist, sondern sie im Gegenteil gern stört, war ein wenig in Vergessenheit geraten. Seit der Eurokrise wird aber immerhin wieder darüber diskutiert, was die von ihm verordneten Strukturanpassungsmaßnahmen tatsächlich zur Folge haben: Privatisierungen, Renten- und Lohnkürzungen sowie den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten. Warum diese Politik falsch ist und gar nicht die realen Ursachen von Staatsverschuldung angeht, soll im Seminar „Globale Retter in der Not? Die Rezepte von IWF und Weltbank bei Schuldenkrisen und Staatsbankrotten“ analysiert und diskutiert werden, das vom 16.–21.10.2016 im DGB Bildungszentrum in Hattingen stattfindet.



Anmeldung unter: www.forum-politische-bildung.de/forum/veranstaltungen/online-anmeldung?code=REZ20316463126

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord|Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211/4301-333
Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Foto: international accountability project/flickr, CC BY 2.0

Protest gegen die Weltbank



Globalisierung sozial gestalten – globale ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte

Die gesellschaftliche oder soziale Verantwortung der Unternehmen – Corporate Social Responsibility (CSR) – ist immer mehr Gegenstand der Unternehmenspolitik geworden. Neben dem wirtschaftlichen Ergebnis ist auch der Umgang mit sozialen, ökologischen und politischen Anforderungen an das Unternehmen ein wichtiges Erfolgskriterium. Doch oftmals bleibt es der Marketingabteilung überlassen, über die soziale Verantwortung des Unternehmens zu berichten. Sie bestimmt, über was und in welchem Umfang berichtet wird. Die Interessenvertretung bleibt dabei oft außen vor. Dabei gibt es global geltende Arbeits- und Gewerkschaftsrechte, die ein wichtiger Referenzrahmen nicht nur für die Unternehmensberichterstattung sind.

Welche Standards gelten global, und was können Betriebsräte, Konzernbetriebsräte, Mitglieder des Eurobetriebsrates, Mitglieder in Aufsichtsräten tun, damit sie auch angewandt und umgesetzt werden?

- | Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisationen
- | Die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen
- | Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte
- | Globale Rahmenabkommen auf Unternehmensebene
- | Weltweite Interessenvertretung

Link zum Seminar

www.betriebsratsqualifizierung.de/seminar/217512018

ONLINEANMELDUNG

www.betriebsratsqualifizierung.de/seminare/online-anmeldung; Seminarcode: GSG 217512018



Foto: Ray Writlin/World Bank, CC BY-NC-ND 2.0

Veranstaltung

im DGB Bildungszentrum
Besenbinderhof Hamburg
Beginn: 23.11.2016, 11:00 Uhr
Ende: 25.11.2016, 12:15 Uhr

Freistellung nach:

**§ 37,7
BetrVG**

Hinweis

Teilnahme sowie Unterkunft und Verpflegung kostenfrei



Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen – soziale und ökologische Mindeststandards weltweit durchsetzen

Die deutsche Wirtschaft ist global verflochten. Ein Großteil der Waren und Teile wird im Ausland produziert, bevor er in deutschen Betrieben weiter verarbeitet wird. Unter welchen Bedingungen im Ausland produziert wurde – Kinderarbeit und Zwangsarbeit sind nur die schlimmsten Formen – bleibt oft im Dunkeln.

Dabei verpflichtet auch die OECD-Leitsätze multinational tätige Unternehmen aus Deutschland nicht nur weltweit zur Umsetzung von Arbeits- und Sozialstandards in den eigenen Betrieben, sondern auch bei ihren Zulieferern. In vielen Ländern werden weder Gewerkschaftsrechte noch Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz geachtet. Die Löhne reichen trotz ausufernder Arbeitszeiten oftmals nicht zum Leben.

Doch was können Betriebsräte, Konzernbetriebsräte, Mitglieder des Eurobetriebsrates, Mitglieder in Aufsichtsräten tun, damit das Unternehmen oder seine Zulieferer geltende Standards im Ausland umsetzen?

- | Internationale Arbeits- und Sozialstandards: Ein Überblick
- | Die sozialen und ökologischen Standards der OECD
- | Konsultations- und Informationsrechte
- | Der Umsetzungs- und Beschwerdemechanismus
- | Beispiele von Beschwerden aus der Praxis

Link zum Seminar

www.betriebsratsqualifizierung.de/seminar/216492014

ONLINEANMELDUNG

www.betriebsratsqualifizierung.de/seminare/online-anmeldung; Seminarcode: CSM 216492014



Foto: Dominic Chavez/World Bank, CC BY-NC-ND 2.0

Veranstaltung

im DGB Bildungszentrum
Besenbinderhof Hamburg
Beginn: 28.11.2016, 11:00 Uhr
Ende: 30.11.2016, 12:30 Uhr

Freistellung nach:

**§ 37,7
BetrVG**

Hinweis

Teilnahme sowie Unterkunft und Verpflegung kostenfrei





„... noch keinen Sklaven in Katar gesehen“ – Sklaverei, Zwangsarbeit und Ausbeutung im 21. Jahrhundert

Trotz Verbote und Ächtung befinden sich heute mehr als 21 Millionen Menschen weltweit in Sklaverei oder sklavereiähnlichen Arbeits- und Lebensbedingungen – auch bei uns!

Moderne Sklaverei existiert in allen Regionen und vielen Wirtschaftssektoren. Ein Milliardengeschäft für ArbeitgeberInnen, für KonsumentInnen Chic und Komfort zu irrealen Preisen. Für die Betroffenen aber bedeutet sie Freiheitsberaubung und den Verlust der Kontrolle über das eigene Leben, Armut, tagtäglich schwere Arbeit, Gesundheitsschäden, Isolation, auseinandergerissene Familien, Erniedrigungen, nicht selten auch sexuelle Gewalt.

Welche (inter-)nationalen und lokalen Gegeninitiativen und Handlungsansätze gibt es? Was können wir tun als GewerkschafterInnen, BürgerInnen und als VerbraucherInnen?

Link zum Seminar

www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/316463147

ONLINEANMELDUNG

www.forum-politische-bildung.de/forum/veranstaltungen/online-anmeldung; Seminarcode: SKL 316463147



Foto: Richard Messenger/flickr, CC BY-NC 2.0

Veranstaltung

im DGB Tagungszentrum Hattingen
Beginn: 13.11.2016, 19:00 Uhr
Ende: 18.11.2016, 12:15 Uhr

Hinweis

Kostenbeteiligung: 150,-Euro, Interessenten die nicht in einer DGB Gewerkschaft sind, zahlen zusätzlich 200,- Euro; Ermäßigung möglich bei einem Einkommen unter 935 Euro.



2016

Moderne Sklaverei. Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar

Nach Zahlen der ILO leben global heute mehr als 21 Millionen Menschen in Sklaverei, sklavereiähnlichen Bedingungen und Zwangsarbeit, was heißt, dass zu einem einzigen Zeitpunkt in der Geschichte – mehr Menschen betroffen sind als während drei Jahrhunderten transatlantischen Sklavenhandels.

In Europa – ja, auch hier – leben in absoluten Zahlen die meisten SklavInnen in der Türkei: 185.500 Menschen. Dahinter verbirgt sich eine hohe Anzahl an Kinderheiraten, Zwangsarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Auch in Polen ist moderne Sklaverei relativ stark verbreitet, die zum Teil auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Staaten sowie aus Südostasien basiert. Und soll niemand sagen, dass diese in Formen wie Arbeitsausbeutung, Zwangsprostitution nicht auch in Deutschland existieren und uns Gewerkschaften herausfordern.



Broschüre DIN A4, 76 (78) Seiten

Online-Flipbook zum Durchblättern (78 S.)

Bestellung der Printausgabe (76 S.)

2014

Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute in Deutschland entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert und oft nicht existenzsichernd. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Werkverträgen oder auch Arbeit im informellen Sektor. Weltweit müssen bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder.

Wie Menschen damit leben, was lokale und globale Handlungsoptionen, wer die Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

Online-Flipbook zum Durchblättern

Bestellung der Printausgabe

2015/2016

Ohne Not flieht niemand! Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernstzunehmende Integration aus? Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND will sie mit dieser Broschüre wieder in den Mittelpunkt rücken.

Unter dem Titel „Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“ geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

Online-Flipbook zum Durchblättern

2012/2013

Weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen – Rohstoffe, Wasser, Energie

Unverhohlen verfolgt die Europäische Kommission mit ihrer Rohstoffinitiative von 2008 (Raw Materials Initiative) einen neoliberalen, den Interessen der Wirtschaft dienenden Kurs. Europa droht, sich damit in die Phalanx der ökonomisch aggressiven, einseitig auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Staaten einzureihen. Damit unterscheidet sich Europa nur noch graduell von Staaten wie China, den Vereinigten Staaten und Kanada. Neben den Staaten agieren zunehmend auch die privaten Unternehmen in dem großen Spiel.

Mit ihren privaten wie staatlichen Rohstoffagenturen beuten sie im globalen Stil und im Einklang mit den nationalen Macht- und Geldeliten deren nationale Ressourcen zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung aus.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

Online-Flipbook zum Durchblättern

Bestellung der Printausgabe